

Rede von Renate Geuter, 13. März 2013 zum

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung

- Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 17/22

Renate Geuter (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Absicht, die Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, mit diesem Antrag verfolgen, ist mehr als durchschaubar.

(Christian Grascha [FDP]: Wir wollen die Verfassung ändern! Das stimmt! - Jens Nacke [CDU]: Es steht sogar drin!)

Sie versuchen, die Regierungsfractionen und die Landesregierung als diejenigen darzustellen, die sich einer Haushaltskonsolidierung verweigern und die Gegner einer Schuldenbremse in der Landesverfassung sind.

(Jens Nacke [CDU]: So ist es! - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Sie haben die Möglichkeit, den Gegenbeweis anzutreten!)

Ich kann Ihnen sagen, meine Damen und Herren: Dieses Ziel haben Sie deutlich verfehlt.

(Beifall bei der SPD - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Treten Sie den Beweis des Gegenteils an! Stimmen Sie zu!)

Damit ist auch der Versuch der eigenen Imagepflege gescheitert, nämlich die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung als seriöse Haushaltssaniererinnen darzustellen.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Das sind wir!)

Herr Thümler hat eben sehr viel gesagt. Aber ich hätte gern von ihm ein Zitat aus einer Pressemitteilung von vor wenigen Tagen erläutert, in der er geschrieben hat, die neue Landesregierung finde gut gefüllte Kassen vor.

(Björn Thümler [CDU]: Ja, so ist das! Haushaltsüberschuss: 300 Millionen Euro, Frau Kollegin!)

Statt vieler Worthülsen hätte ich mir gewünscht, dass Sie das hier einmal konkret erläutert hätten.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Das haben wir sehr wohl erläutert!)

Denn spannend ist, dass Sie sich dabei im Widerspruch zu Ihrem eigenen ehemaligen Finanzminister befinden, dessen erfolgreiche Haushaltspolitik Sie gerade eben noch gelobt haben. Finanzminister Möllring hat im Haushaltsaufstellungserlass für 2014, der noch von ihm zu verantworten ist, deutlich darauf hingewiesen, dass angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen kein Raum für zusätzliche Ausgaben besteht.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das stimmt ja auch! Wir machen keine Wahlversprechen, die nicht zu bezahlen sind!)

Er schreibt, angesichts dieser Unsicherheiten - er spricht nicht von vollen Kassen, sondern er spricht von Unsicherheiten - sei es erforderlich, alle erreichbaren Mehreinnahmen und Minderausgaben zur Deckung der Handlungsbedarfe einzusetzen.

Ich frage jetzt den Fraktionsvorsitzenden der CDU: Warum vertrauen Sie denn in diesem Fall nicht auf die Kompetenz des Herrn Möllring? Passt das vielleicht nicht in Ihre eigene Inszenierung?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie waren haushaltsmäßig in den letzten Jahren sehr gute Verbalkonsolidierer. Real ergibt sich ein deutlich anderes Bild. Fakt ist, dass die bisherige schwarz-gelbe Landesregierung den Schuldenstand in den zehn Jahren ihrer Regierungszeit um nahezu 20 Milliarden Euro erhöht hat, und das trotz Rekordeinnahmen und Niedrigzinsen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Dafür ist noch der Haushalt der anderen verantwortlich gewesen! - Weitere Zurufe von der FDP)

Daraus ergibt sich auch ein Unterschied zu den Jahren 2002 und 2003. Damals bestand eine Situation mit historisch niedrigen Einnahmen. - Das zitiere ich aus der ersten mittelfristigen Finanzplanung der damaligen schwarz-gelben Landesregierung.

(Ulf Thiele [CDU]: Historisch niedrige Einnahmen hatten wir 2008! Das wissen Sie sehr genau! - Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

- Die Wahrheit tut weh. Das will ich gerne zugestehen. Fakt ist auch, dass wir seit Jahren eine bestehende Deckungslücke zwischen Einnahmen und Ausgaben zu verzeichnen haben. Darauf hat der Landesrechnungshof in allen seinen Bemerkungen zu den Haushaltsplanentwürfen der schwarz-gelben Landesregierung hingewiesen. Die alte Landesregierung hat sich nämlich immer davor gedrückt, den Haushalt substanziell und strukturell in Ordnung zu bringen. Sie sorgte allenfalls für einen spontanen Ausgleich durch Einmalmaßnahmen. Vor diesem Hintergrund ist es schon sehr spannend, Herr Thümmler, dass die strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen, die Sie eben angesprochen haben, aus der vorletzten Legislaturperiode stammen.

(Johanne Modder [SPD]: Wo ist denn Herr Thümmler jetzt?)

Denn in der letzten Legislaturperiode hat es keinerlei Konsolidierungsanstrengung gegeben. Zwar ist in den letzten vier oder fünf mittelfristigen Finanzplanungen darauf hingewiesen worden, dass im Hinblick auf die Einhaltung der Schuldenbremse konkrete Konsolidierungsmaßnahmen nötig sind, passiert ist aber tatsächlich nichts.

(Johanne Modder [SPD]: Holt einmal den Thümmler rein!)

Die letzte Mipla der Landesregierung, die ja als Beleg dafür dienen sollte, dass die Schuldenbremse im Jahr 2017 einzuhalten ist, ist ja in wenigen Monaten schon von der Realität überholt worden. Denn es besteht heute die Ausgangslage - darauf hat Sie der Finanzminister in der letzten Haushaltsausschusssitzung hingewiesen -, dass das Vertrauen auf ein kontinuierliches Wachstum der Steuereinnahmen nicht mehr begründet ist, sondern dass die Entwicklung eine deutlich andere ist.

(Christian Grascha [FDP]: Das nennt man Steuerschätzung!)

Gerade die aktuellen Tarifentwicklungen zeigen deutlich, dass Sie auch dort Luftbuchungen getätigt haben.

(Beifall bei der SPD)

Was die Vermögensveräußerung angeht, so gibt es Positionen im Haushalt, die durch nichts hinterlegt sind und die Sie auch durch nichts hinterlegen konnten. Hinzu kommen Dinge, die im Moment finanziell noch gar nicht dargestellt werden können. Ich verweise z. B. auf den Sanierungsstau durch die langjährige Unterfinanzierung im Baubereich, sowohl im Bereich des Hochbaus als auch im Bereich des Straßenbaus.

Die strukturelle Konsolidierung des Landeshaushalts und damit die Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenbremse ist für diese Landesregierung eine zentrale Aufgabe. Aber Schautwürfe wie der heutige, helfen uns dabei nicht weiter. Bereits vor sechs Monaten, bei der Beratung des damaligen identischen Antrags von CDU und FDP, haben wir deutlich gemacht, dass es nicht ausreicht, mit starken Sprüchen im Landtag einen schnellen Schuldenstopp zu fordern; man muss auch sagen, wie es gehen soll.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Man muss vor allem zustimmen!)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, die Frage der Verankerung der Schuldenbremse in der Niedersächsischen Verfassung werden wir mit Ihnen intensivst diskutieren. Eine Verfassungsänderung im Blindflug, wie in diesem Gesetzentwurf gefordert, wird es mit uns aber nicht geben. Aber eines werden wir Ihnen vorher nicht ersparen: eine vollständige Bilanzierung der Haushaltspolitik der schwarz-gelben Landesregierung, die deutlich machen wird, dass der erweckte Anschein und die Realität weit auseinanderklaffen. Herr Thümler, dazu kann ich Ihnen nur sagen: Insofern freuen wir uns auf die Diskussion im Haushaltsausschuss.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)